

## Demokratie statt Revolution? Bemerkungen zur Debatte über Demokratisierung in Lateinamerika

Demokratie und Revolution – mit diesen Begriffen sind zwei zentrale und scheinbar in unüberbrückbarem Gegensatz stehende Problemfelder politischer Entwicklung im 20. Jh. angesprochen. Schien soziale und antikoloniale Revolution zunächst noch jahrhundertprägend, wandelten sich Blickweise und Bewertung im Prisma des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus“ grundlegend. Das historisch geronnene Endprodukt des von 1917 ausgehenden Revolutionszyklus erwies sich – zumindest in Europa – als nicht reformierbar und gemessen am westlichen Standard als undemokratisch. Die naheliegende und oft gezogene Schlußfolgerung von der Unvereinbarkeit von Revolution und Demokratie wandelt sich vom Axiom zur Frage, wem über 1917 hinaus 1789 und 1989 in die Betrachtung einbezogen werden. Immerhin standen Revolution und Krieg als Geburtshelfer an der Wiege westlicher Demokratien (England, Frankreich, USA)<sup>1</sup>, und der osteuropäische Umbruch wurde von vielen als „demokratische Revolution“ gefeiert.

In außereuropäischen Gefilden ist ein ähnlicher Paradigmenwechsel von der Revolution zur Demokratie zu beobachten. Die Hoffnungen, die früher von vielen Linken in *die* Revolution gesetzt wurden, soll heute *die* Demokratie erfüllen. Für Lateinamerika beschreibt N. Lechner die Situation wie folgt: „The headway made by the idea of democracy in Latin America in recent years is in strong contrast with the political climate of the 1960s, marked by the idea of revolution... The idea of revolution declined in Latin America long before the changes in the USSR and Central Europe, mainly as a result of the neo-liberal dictatorship of the 1970s... the radical attempt to impose a ‘market society’ showed the excesses which might arise from the revolutionizing of the social order, this caused people to re-assess democracy as a collectively planned form of social change. A new approach has been adopted to the transformation of society, not only on the left, which is abandoning the revolutionary strategy, but also of the right... This is an important prerequisite for the transition process, since it make it easier for all political forces to adopt democratic reforms as a common strategy.“<sup>2</sup>

Demokratie als Alternative zur Revolution, als Form sozialen Wandels im Sinne der Transformation der Gesellschaft,<sup>3</sup> dies wirft eine Reihe von Fragen auf, die – obwohl sie hier nicht alle diskutiert werden können – als theoretische Orientierungspunkte formuliert sein sollen: Wie hat sich der Übergang zur Demokratie in Lateinamerika vollzogen, welche Ergebnisse hat er gebracht, vor

welchen Problemen steht die Konsolidierung der Demokratie und wie ist Demokratie in ihrer Einbindung in die lateinamerikanische Realität begrifflich am besten zu fassen?

In welchem Maße konnte Demokratiegewinn unter Ausschluß und Vermeidung von Revolution bisher realisiert werden und inwiefern haben lateinamerikanische Revolutionen des 20. Jh. einen Beitrag zur Demokratisierung von Gesellschaft und Politik geleistet bzw. blockiert?

Inwiefern bedarf es angesichts der wachsenden globalen Gefährdungen, der Problemlast, vor der die unterentwickelten Länder nach dem offensichtlichen Scheitern einer „nachholenden Modernisierung“ stehen, sowie des immer wieder ins Feld geführten Universalitätsanspruchs der Demokratie einer Neubestimmung bisher westlich geprägter Begrifflichkeit?

Anhand der in den achtziger Jahren begonnenen Diskussion über Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika sollen im folgenden vor allem die unterschiedlichen Standpunkte zum Demokratisierungsprozeß und zum Demokratieverständnis dargestellt, bestimmte Defizite bisher vorliegender komparativer Analysen benannt und einige Betrachtungen zum Verhältnis von Demokratie und Revolution auf dem Subkontinent angestellt werden.

Mit dem Übergang in die neunziger Jahre hatte sich die politische Landkarte Lateinamerikas grundlegend verändert. Wurden im Frühjahr 1978 noch zwölf der zwanzig Staaten der Region von Militärs regiert und galten nur drei (Costa Rica, Venezuela und Kolumbien) als demokratische Regime, so konnten zu Beginn des Jahres 1992 fast alle lateinamerikanischen Republiken das Prädikat „demokratisch“ für sich reklamieren. Diesem allgemeinen Trend entzogen sich bisher lediglich Haiti, wo sich die Militärs nach einem kurzen demokratischen Intermezzo wieder an die Macht geputscht hatten, und das sich nach wie vor als sozialistisch verstehende Kuba. Angesichts dieses optimistischen Bildes scheint es nur zu verständlich, wenn diese Entwicklung als „das wichtigste Ereignis unserer republikanischen Geschichte“ und „einzigartige Gelegenheit..., daß Lateinamerika ein für alle mal den Teufelskreis der Revolutionen und Militärputsche durchbricht, daß unsere Länder den Kampf gegen Armut und Rückständigkeit aufnehmen und ihr Schicksal mit dem Teil der Welt – dem demokratischen Westen – verbinden, dem sie seit der Ankunft von Kolumbus angehören“ (M. Vargas Llosa)<sup>4</sup>, bejubelt wird.

Andere Autoren schätzen den Demokratisierungsprozeß wesentlich skeptischer ein. Für sie stellt sich in Anbetracht der wechselvollen politischen Entwicklung im 20. Jh. vielmehr die Frage, inwiefern mit der jüngsten Demokratisierungswelle tatsächlich der Zyklus Demokratie – Diktatur durchbrochen werden konnte und ob ihr nicht wiederum Militärputsche und –diktaturen folgen werden.<sup>5</sup>

Diese Annahme hat mit dem Putschversuch vom 4. Februar dieses Jahres in Venezuela, das bisher als eine der stabilsten und sichersten Demokratien Latein-

amerikas galt, und den jüngsten Ereignissen in Peru noch an Wahrscheinlichkeit gewonnen. Wieder andere sehen den gegenwärtigen Demokratisierungsprozeß in eine ökonomische, politische und gesellschaftliche Transformation eingebunden, die in ihrer historischen Wirkung und geographischen Ausdehnung nur mit der der dreißiger Jahre verglichen werden kann.<sup>6</sup> Aber spätestens seit Beginn der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche in Ost- und Zentraleuropa ist nicht mehr zu übersehen, daß die Demokratisierung in Lateinamerika nicht allein aus dem regionalen Umfeld beleuchtet werden kann.<sup>7</sup> Bereits vor diesen Ereignissen wurden die lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse der achtziger Jahre gemeinsam mit denen in Spanien, Portugal und Griechenland in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zur vierten Welle eines globalen Demokratisierungsprozesses gerechnet, der seinen Ausgangspunkt in den politischen Kämpfen des 17. Jh. in England, Skandinavien, Holland und später auch den USA hatte.<sup>8</sup>

Die angedeutete Spannweite der Diskussion um die historische Einordnung des lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesses resultiert aus unterschiedlichen Standpunkten zu drei zentralen Problemfeldern: den Bewertungsmaßstäben und Definitionskriterien für Demokratie, den Wegen und Etappen der Demokratisierung, der Bewertung der Ergebnisse und Perspektiven des Prozesses.

Zuerstgenannten Problembereich lassen sich grob fünf Standpunkte ausmachen, die sich inhaltlich zwischen zwei Polen einordnen lassen: der normativ gesetzten Forderung nach möglichst großer Annäherung an die Standards der liberalen westlichen Demokratie einerseits und andererseits der funktional abgeleiteten Forderung, daß sich Demokratie in Lateinamerika (wie in den unterentwickelten Ländern insgesamt) daran messen lassen muß, inwiefern sie den dortigen gesellschaftlichen Realitäten entspricht und welchen Beitrag sie zur Überwindung der Unterentwicklung zu leisten vermag.

Die hier vorgenommene Einteilung und die Zuordnung der einzelnen Autoren beziehen sich auf grundlegende Übereinstimmungen in für das jeweilige Demokratieverständnis wesentlichen Punkten, was Dissens in anderen Fragen einschließen kann.

Eine *erste* Gruppe von Autoren<sup>9</sup> folgt strikt dem westlich-liberalen Verständnis von Demokratie. Freie und regelmäßig stattfindende Wahlen, in denen die Staatsbürger aus den miteinander im politischen Wettbewerb stehenden Eliten die Regierung auswählen und über die Zusammensetzung der Legislative entscheiden, sind für sie das entscheidende Kriterium für Demokratie. Nach diesem Verständnis bleibt Demokratie ausschließlich auf den Bereich der Politik begrenzt. „Demokratie ohne Adjektive“ (E. Krauze) und „ohne Bedingungen“ (A. O. Hirschman) lautet die Kurzformel dieses Demokratieverständnisses.

Eine *zweite* Strömung, die sich ebenfalls am liberalen Demokratieverständnis orientiert und die in der Demokratie einen politischen Regimetyt, nicht aber eine

universelle Gesellschaftskonzeption sieht, setzt die Maßlatte bei der Bewertung der demokratischen Qualität eines politischen Regimes höher an, als dies bei der ersten der Fall ist. Unterordnung der Regierten wie der Regierenden unter das Gesetz, die Freiheit, sich zu organisieren, um am friedlichen Wettbewerb um die Macht teilnehmen zu können, die Partizipation aller Staatsbürger an politischen Auswahlverfahren werden als Grund- und Minimalbedingungen jeder Art von Demokratie benannt.<sup>10</sup> Außerdem werden jedoch die zivile Kontrolle der Streitkräfte und die Respektierung der fundamentalen Menschenrechte als konstituierende Merkmale von Demokratie eingefordert (A. Touraine, S. 268, T. L. Karl, S. 214/15). Es wird anerkannt, daß Demokratie an bestimmte gesellschaftliche Bedingungen, so die Existenz einer politischen oder Zivilgesellschaft, unabhängig vom Staat und als Ort des Ausgleichs zwischen staatlichen und privaten Interessen, gebunden ist (A. Touraine, S. 261/62) und langfristig soziale Gerechtigkeit erfordert (T. L. Karl, S. 214/15).

Vertreter dieser Auffassung gehen ferner davon aus, daß politische Prozesse und gesellschaftliche Strukturen miteinander in Zusammenhang stehen und demzufolge die Konsolidierung demokratischer Verhältnisse in gewissem Maße der Absicherungen durch wirtschaftliche und soziale Reformen bedarf.

Neben den erstgenannten Konzepten ist als ein *drittes* eine spezifisch lateinamerikanische Demokratieauffassung zu nennen.<sup>11</sup> Ihre Anhänger reklamieren mit Verweis auf die zwar in der westlichen Kultur verwurzelte, aber dennoch von der liberal-angelsächsischen zu unterscheidende iberische Traditionslinie eine eigenständige, nicht mit westlich-liberalen Maßstäben zu messende Demokratiekonzeption und -entwicklung, in der demokratische und autoritäre Traditionen einen Kompromiß eingegangen sind. Demokratietheoretische Schlüsselbegriffe wie Volkssouveränität, Partizipation, Volkswille, repräsentative Regierung sowie Demokratie selbst werden entsprechend diesem Verständnis nicht im Lockeschen Sinne, sondern den Vorstellungen Rousseaus folgend interpretiert. Begrenzter Pluralismus, Wahlen, die oft auf eine plebiszitäre Bestätigung des bestehenden Regimes beschränkt sind, die Regierung als Interpret allgemeinen Volkswillens und starke Präsenz korporativer Elemente seien für lateinamerikanische Demokratie kennzeichnend.

Unter Hinweis auf das Fortbestehen und die mögliche Ausweitung der politischen Autonomie der Streitkräfte wird davon ausgegangen, daß die gegenwärtige Demokratisierung zu einer neuen Staatsform führen kann, die sich von den westlichen Demokratien durch ihre starke Durchsetzung mit autoritären Strukturen unterscheidet.<sup>12</sup>

Ebenfalls unter Berufung auf das „totalitäre“ Demokratieverständnis Rousseaus, aber gewissermaßen als linkes Pedant zu Wiarda wird ein *viertes* Konzept vertreten, demzufolge beispielsweise die kubanische Revolution als demokratisch

charakterisiert wird. Diese Auffassung unterscheidet sich damit auch von der anderer Autoren linker Provenienz, die den kubanischen Sozialismus zwar als partizipatorisch und massenmobilisierend, nicht aber als demokratisch ansehen.

Dieses sich selbst als „totalitäre Demokratie der Linken“ bezeichnende Konzept sieht seinen demokratischen Charakter in den humanistischen, auf individuelle Selbstverwirklichung aller Menschen gerichteten Zielen sozialistischer Entwicklung begründet und grenzt sich damit nachdrücklich vom „rechten Totalitarismus“ ab.<sup>13</sup>

Aus einer grundsätzlichen Kritik der politischen und gesellschaftlichen Realität Lateinamerikas leitet eine *fünfte* Strömung ihr radikales Demokratieverständnis ab.<sup>14</sup>

Die prinzipiellen Unterschiede gegenüber den genannten Auffassungen betreffen vor allem folgende Aspekte:

a) Demokratie wird nicht auf ein rein politisches Phänomen reduziert. Zur Begründung wird der in Lateinamerika offensichtliche Widerspruch zwischen formeller politischer Gleichheit und realer ökonomischer und sozialer Ungleichheit, resultierend aus der ungleichen Verteilung von Eigentum und Macht innerhalb der Gesellschaft, angeführt. Die Verfügungsgewalt über ökonomische Ressourcen, die sich in den Händen einer kleinen Minderheit konzentriert, wirke zugleich als politischer Machtfaktor zugunsten dieser Minderheit. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß ein entscheidender Bereich der Gesellschaft, die Wirtschaft, nicht demokratisch, sondern hierarchisch organisiert sei. Reale Demokratie erfordere demzufolge eine Veränderung der Eigentums- und Verhältnisse.<sup>15</sup>

b) Das diesem Demokratieverständnis zugrunde liegende Partizipationskonzept reduziert sich nicht auf die Teilnahme an Wahlen, sondern beinhaltet die Mitwirkung der Regierten an allen wichtigen politischen Entscheidungsprozessen sowie die Kontrolle der Regierenden durch die Bevölkerung. „Participacion en el poder“ statt nur „participacion electoral“ lautet die Kurzformel zu diesem zentralen Punkt jedes Demokratiekonzepts (S. 73). Damit verbindet sich die Forderung nach Transparenz sowohl der Entscheidungen der Regierenden als auch der Mechanismen, mittels derer die Staatsbürger selbstbestimmt über die grundlegenden politischen Fragen mitentscheiden können (S. 75). Der wesentliche Unterschied zu den anderen Konzepten, die Demokratie vor allem als Form der Machtausübung von „oben“ zur Herbeiführung von Zustimmung von „unten“ begreifen, liegt darin, daß die Verfechter eines radikal-demokratischen Konzepts für die Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie zu einer „democracia participadora y popular“, einer partizipatorischen Demokratie des Volkes von „unten“, eintreten.

c) Dieses partizipatorische Demokratiekonzept beinhaltet demzufolge nicht nur die Herstellung und Wahrung individueller Bürgerrechte, sondern zielt auf

deren Ergänzung durch soziale, ökonomische und politische Rechte von Klassen und Gruppen der Gesellschaft. Kollektiven Einheiten kommt eine zentrale Rolle als Träger und Gestalter von Demokratie zu.

Grundanliegen partizipatorischer Demokratie sind der Abbau und langfristig die Überwindung der Teilung der Gesellschaft in Regierende und Regierte, wofür tiefgreifende politische und gesellschaftliche Umgestaltungen als notwendig erachtet werden. Die politischen Grundrechte und -freiheiten liberaler Demokratie (Pluralismus, freie Wahlen, Bürger- und Menschenrechte) werden als Ausgangspunkt für die Vertiefung und Erweiterung der Demokratie auf der Grundlage der Selbstorganisation, Autonomie und Machtpartizipation der bisher Subalternen angesehen.

Je nach Standpunkt innerhalb des aufgezeigten Meinungsspektrums fallen Betrachtung und Bewertung des lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesses sowohl insgesamt als auch hinsichtlich des konkreten nationalen Falles unterschiedlich aus. Für diejenigen, die mit der Wahl ziviler Regierungen das Hauptkriterium für die Herstellung von Demokratie erfüllt sehen, bleiben ebenso wie für die Vertreter eines spezifisch lateinamerikanischen Demokratieverständnisses lediglich Haiti und Kuba aus dem Lager der Demokratie ausgeschlossen. Bei dieser Bewertung spielen politische Anonomie und realer Machtanteil der Militärs, Auswirkungen von Bürgerkrieg und Gewalt, die sekundäre Bedeutung von Wahlen sowie nach wie vor lebendige Traditionen und Praktiken oligarchischer Machtausübung in als „demokratisch“ deklarierten Ländern wie Peru, Guatemala, Kolumbien oder El Salvador kaum eine Rolle. Kritiker eines solchen Herangehens werfen zu Recht die Frage auf, was sich in diesen Ländern durch das Abhalten von Wahlen geändert habe.<sup>16</sup> Auch dort, wo der Übergang zur Demokratie vorerst als vollzogen angesehen werden kann und wo die Demokratie bis Anfang der siebziger Jahre als stabil galt (Chile, Uruguay), stellt sich die Frage, inwiefern mit der Herstellung des status quo ante (sofern man überhaupt davon sprechen kann) die weitere demokratische Entwicklung gesichert ist.

Die Vielzahl der Positionen legt nahe, nach Koordinaten zu suchen, mit deren Hilfe eine sachliche Bewertung von Pro und Kontra zu Stand und Perspektiven des Demokratisierungsprozesses möglich wird. Eine solche Möglichkeit bietet sich, indem den Zusammenhängen zwischen den grundlegenden Strukturproblemen lateinamerikanischer Entwicklung – periphere Einbindung in den Weltmarkt und daraus resultierende Abhängigkeiten, Unterentwicklung, innergesellschaftliche Disproportionen, sozialer Problemstau, ethnisch-kulturelle Konflikte – und dem Demokratieproblem nachgegangen wird. Inwiefern sind Defizite, Hindernisse, Besonderheiten, aber auch Chancen lateinamerikanischer Demokratieentwicklung durch die genannten Strukturprobleme bedingt und beeinflusst, welche Konsequen-

zen hat die Entscheidung über Diktatur oder Demokratie für deren Lösung und welcher Typ von Demokratie vermag welchen Beitrag zur Überwindung der lateinamerikanischen Dauerkrise zu leisten?

Bei einer derart komplexen Fragestellung ist eine Antwort in diesem Rahmen schlechterdings unmöglich. Die Verknüpfung des Demokratieproblems mit den allgemeineren Problemen und Widersprüchen lateinamerikanischer Entwicklung kann aber hilfreich sein, um eine erste Bilanz der seit Anfang der achtziger Jahre geführten Demokratiedebatte in und über Lateinamerika zu liefern und dabei auf Defizite und „blinde Flecke“ aufmerksam zu machen.

Verschafft man sich einen ersten Überblick über den „main stream“ der Diskussion,<sup>17</sup> so fällt auf, daß bestimmte Aspekte unterbelichtet sind oder gänzlich ausgespart werden.

Dies beginnt bereits bei der genaueren Bestimmung des Demokratieproblems in Lateinamerika. Obschon im allgemeinen konstatiert wird, daß koloniale Vergangenheit, die Nichtvollendung der Independencia, die Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt als billige Agrar- und Rohstoffproduzenten und die Abhängigkeit gegenüber Großbritannien und den USA sowie die inneren Disproportionen und Gegensätze der Herausbildung demokratischer Verhältnisse in den lateinamerikanischen Republiken wenig förderlich waren, wird dieser Ansatz oft nicht konsequent genug weiterverfolgt.

Einer zentralen These B. Moores – „ohne Bourgeoisie keine Demokratie“<sup>18</sup> – folgend, wäre zu fragen, wie es um das Verhältnis Bourgeoisie-Demokratie in Lateinamerika bestellt war und ist. Bereits in der Unabhängigkeitsrevolution fehlte die Bourgeoisie als nationale Kraft, und an ihrer Stelle übernahm die kreolische Großgrundbesitzer-Aristokratie die Hegemonie, die dazu ihrerseits in hohem Maße der Armee als einziger nationaler Institution bedurfte. Im weiteren waren Genesis und Formierung der lateinamerikanischen Bourgeoisie dadurch gekennzeichnet, daß sich ihre wirtschaftlich wie politisch dominierenden Fraktionen erst spät und im Rhythmus des vom Weltmarkt bestimmten „Plantagen- und Bergbau-Zyklus“ hauptsächlich aus Großgrundbesitzern, die auf diesem Wege erfolgreich ihr Eigentums- und Herrschaftsmonopol wahren konnten, zu Großkapitalisten entwickelten. Diese oligarchische Herkunft prägt bis heute maßgeblich den sozialen Charakter und die Herrschaftspraktiken dieser Bourgeoisiefractionen. Die Wahrung ihrer Herrschaftsansprüche hatte für sie stets Priorität vor der Entwicklung demokratischer Verhältnisse. Hierin liegt auch die hauptsächlichste Ursache, daß Demokratie in Lateinamerika zuerst und vor allem als „oligarchische Demokratie“ etabliert und praktiziert wurde.<sup>19</sup>

Folglich kann sich die Durchsetzung von Demokratie in Lateinamerika nicht allein auf die Einführung und formale Respektierung von Attributen westlicher Demokratie beschränken, sondern muß zugleich auf die dauerhafte Überwindung

## Demokratisierung in Lateinamerika

des oligarchischen Herrschaftsmonopols gerichtet sein. Nach wie vor sind große Teile der Bevölkerung von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen und die reale Macht wird von kleinen abgeschlossenen Zirkeln der „großen und alten Familiencians“ kontrolliert, wofür „democracia del apartheid“ (F. C. Weffort) und „oligarquias compativas“ (R. Dahl) treffende Charakterisierungen sind.<sup>20</sup>

Demokratie bedeutet in Lateinamerika die Überwindung einer Situation, die durch das Primat des Staates gegenüber der Gesellschaft, eine verspätete und unvollständige Nationwerdung unter kreolischer Dominanz, geprägt durch „inneren Kolonialismus“ und einen fragmentarisch ausgebildeten Binnenmarkt, die Beschränkung der nationalen Souveränität und hohes Gewaltpotential gekennzeichnet ist.<sup>21</sup>

Die vorherrschende Fixierung auf die Standards des westlichen Demokratie-modells wird deshalb den Problemen, Hindernissen und Aufgaben, vor denen die Demokratie in Lateinamerika steht, nicht gerecht.

Auch die Diskussion zum Problem des Übergangs vom Autoritarismus zur Demokratie zeichnet sich durch eine gewisse Einseitigkeit aus. Neben der Variante des evolutionären Übergangs werden Revolution und Zusammenbruch im Ergebnis verlorener Kriege als Grundtypen des Übergangs zur Demokratie anerkannt.<sup>22</sup> Einige Autoren bemühen sich um eine weitere Ausdifferenzierung dieses Grundschemas. A. Stepan kommt durch den Vergleich der europäischen und lateinamerikanischen Erfahrungen (bis Mitte der achtziger Jahre) allein auf acht Übergangsmodelle: innere Restauration nach Wiedereroberung von außen, innere Neuformierung, von außen kontrollierte Installierung demokratischer Strukturen, aus dem autoritären Regime selbst heraus initiierte Redemokratisierung, Entzug der Unterstützung des Regimes seitens der Gesellschaft, Parteienpakt, von demokratischen Reformparteien organisierte Revolte und von Marxisten geführter revolutionärer Krieg.<sup>23</sup>

Es ist jedoch kennzeichnend für den generellen Trend der Diskussion, daß nichtrevolutionäre Übergänge im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, während gegenüber der Möglichkeit, Demokratie auf revolutionärem Wege zu erreichen, allgemeiner Skeptizismus vorherrscht.<sup>24</sup> In dieses Bild fügt sich auch ein, daß sich die Fallbeispiele des Lateinamerika behandelnden zweiten Bandes des Standardwerks von O'Donnell, Schmitter und Whitehead ausdrücklich auf nichtrevolutionäre Übergänge von der autoritären Herrschaft beschränken.<sup>25</sup>

In der vergleichenden Untersuchung lateinamerikanischer Demokratisierungsprozesse dominiert bisher der intraregionale Vergleich. Das Interesse konzentriert sich hierbei vor allem auf die Periodisierung des Demokratisierungsprozesses und die Koalitionen, Strategien und Einflußmöglichkeiten der politischen und sozialen Akteure in den einzelnen Etappen, wobei ein Mehrländervergleich einzelner Akteure (Streitkräfte, Unternehmer- und Interessen-



verbände, oppositionelle Parteien, soziale Bewegungen und äußere Akteure) größtenteils noch aussteht.<sup>26</sup>

Für die Beantwortung der vieldiskutierten Frage nach den allgemeinen Voraussetzungen und Bedingungen für Demokratie sowie nach ihren Perspektiven ist es jedoch unumgänglich, den gegenwärtigen Demokratisierungsprozeß sowohl historisch-vergleichend als auch interregional-vergleichend zu untersuchen. Im historischen Vergleich der Demokratisierungswellen der zwanziger, vierziger, Ende der fünfziger und während der achtziger Jahre fällt auf, daß jede dieser Wellen von Revolutionen mit kontinentaler und internationaler Ausstrahlung begleitet oder eingeleitet wurde: Mexiko 1910-20, Guatemala 1944-54, Bolivien 1952-56, Kuba 1959 und Nikaragua 1979. Diese Verknüpfung von demokratischen und revolutionären Prozessen wie auch die Zyklizität der lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse im 20. Jh. führen zu der Frage, welche tieferen Ursachen dem zugrunde liegen und ob nicht Revolutionen die radikale Variante *innerhalb* der jeweiligen Demokratisierungswelle darstellen.

Ein Vergleich Demokratisierung-Revolution *innerhalb* einer „Welle“ fehlt bisher ebenso wie ein Vergleich der „Wellen“ untereinander. In diesem Zusammenhang wäre ferner nachzudenken, inwiefern Revolutionen als „äußerer Faktor“ gegenüber Demokratisierungsprozessen wirksam wurden.<sup>27</sup>

Erste Versuche, die Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika und in den ehemals sozialistischen Ländern Europas in vergleichender Perspektive zu untersuchen,<sup>28</sup> verweisen auf eine weitere, bisher ebenfalls kaum thematisierte Dimension von Demokratisierungsprozessen, die mit der Bestimmung des Verhältnisses von *Regime- und Systemwechsel*. Während für Osteuropa die enge Verzahnung von politischen und gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozessen evident ist, bleibt der Blickwinkel im lateinamerikanischen Fall zumeist auf die Ebene des politischen Regimewechsels eingengt. Im wissenschaftlichen und politischen Sprachgebrauch dominiert deshalb nicht zufällig der Begriff „transición“ (Übergang) gegenüber dem der „transformación“.<sup>29</sup>

Wenn mit Blick auf die lateinamerikanische Krisensituation, die durch die Zunahme sozialer Desintegration, Deindustrialisierungsprozesse, eine außerordentliche Krise der Macht, allgemeinen Degenerationserscheinungen, dem „Verlust des Platzes in der Welt“ charakterisiert wird, von einer „ausgeprägten vorrevolutionären Situation ohne Revolution und ohne Revolutionäre“<sup>30</sup> die Rede ist und für eine Reihe von Ländern diagnostiziert wird, daß sie am Rande des nationalen Zerfalls stehen (Peru, Bolivien, Ecuador), liegt es in der Konsequenz dieses Ansatzes, Grundlagen, Aufgaben, Ziele und Perspektiven des Demokratisierungsprozesses im Kontext mit Lösungsstrategien für die Überwindung dieser Krise zu diskutieren. Allerdings fallen die Ergebnisse in dieser Hinsicht eher bescheiden aus. Je nach Diagnose – Krise der Nation, des Staates oder nur einzelner

Institutionen und Bereiche – werden ein bestimmter Typus des politischen Wandels und dementsprechende Abkommen (konstitutiver Pakt zwischen Ethnien, Regionen und Klassen, neue Abkommen zur Reform des Staates, „einfache“ politische Abkommen und Konzertationen) „verordnet“, um die künftige Demokratie dauerhaft zu stabilisieren und zu legitimieren.<sup>31</sup> Inwiefern dazu aber auch oder vor allem weitergehende Veränderungen wie Machtteilhabe der Subalternen, Eingriffe in die Eigentumsordnung, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, gerechtere Weltwirtschaftsbeziehungen erforderlich sind, bleibt dabei ausgespart.

Ohne diese „erweiterte“ Sicht auf das Demokratieproblem läßt sich jedoch die eingangs zitierte These Lechners, wonach im heutigen Lateinamerika Demokratie die grundlegende Alternative zur Revolution sei, kaum auf ihren Realitätsgehalt hin überprüfen. Bei diesem Vorhaben sind zumindest drei Ebenen des Vergleichs zwischen Revolution und Demokratie zu beachten: erstens die jeweils am *eigenen* Anspruch zu messende Bilanz der Ergebnisse von Demokratisierung bzw. Revolution, zweitens ein Vergleich der Ergebnisse beider in Bezug *zueinander*, und drittens der Vergleich der erbrachten oder zu erbringenden *Transformationsleistung* zur schrittweisen Überwindung der lateinamerikanischen und globalen Krisensituation.

Ausgehend vom allgemein vorherrschenden Verständnis beansprucht Demokratie zunächst, Alternative zur Diktatur zu sein. Inwiefern im Ergebnis der jüngsten Demokratisierungswelle die Gefahr der Rückkehr zur Diktatur dauerhaft gebannt oder gar die These von der „Diktatur als Staatsmodell für die Dritte Welt“ widerlegt ist, wird wohl erst in Zukunft beantwortbar sein. Der historische Rückblick gibt ebensowenig wie die aktuellen Ereignisse in Venezuela (Putschversuch von Teilen der Armee Anfang Februar) und Peru (kalter Staatsstreich des gewählten Präsidenten Fujimori mit Unterstützung der Armee im April) Anlaß für eine Bejahung dieser Frage.

Entscheidend dafür, welchen Zukunftsaussichten Demokratie auf dem lateinamerikanischen Subkontinent hat, sind der Stabilitätsgrad und die Qualität des demokratischen Prozesses. In den wenigen Ländern, die die diktatorische Welle 1964-75 als demokratische Ausnahme überstanden hatten, sind entweder Sonderbedingungen (Erdölgewinne in Venezuela; Abschaffung der Armee und spezifische Rolle des Staates in Costa Rica) oder die Begrenzung der Demokratie bei gleichzeitiger Fortdauer gewaltsam ausgetragener sozialer und politischer Konflikte und zunehmender Militarisierung der Gesellschaft (Kolumbien)<sup>33</sup> bestimmend für die demokratische Kontinuität gewesen. Mexiko, das sich ebenfalls durch einen hohen Grad politischer Stabilität auszeichnet, gilt trotz der dauerhaften

Ausschaltung der Armee als innenpolitischer Machtfaktor als nichtdemokratisch. In anderen Ländern, die lange Zeit Muster demokratischer Entwicklung auf dem Subkontinent waren (Chile, Uruguay)<sup>34</sup>, ergriffen die Militärs in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die Macht und opferten die Demokratie im „Interesse der nationalen Sicherheit“. Gerade Entwicklung und Sturz der chilenischen Demokratie haben den Widerspruch offengelegt, in dem sich ein stark „verwestlichtes“ politisches System gegenüber einer typischen „Dritte-Welt-Ökonomie“ befindet. Die aus Unterentwicklung und Abhängigkeit resultierenden Probleme führen unter politischen Konditionen, die denen westlicher Industrieländer weitgehend entsprechen, sich aber in einer völlig anderen gesellschaftlichen Gesamtsituation „bewähren“ müssen, zur politischen Polarisation. Der Kontrast zwischen politischer Freiheit und ökonomischer und sozialer Ungleichheit waren zu groß und die politischen Gegner waren zu gut organisiert, als daß sich die angestauten Probleme innerhalb der bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse regeln ließen. Der Versuch, ihrer Lösung durch ein Mehr an politischer Demokratie, ökonomischer Unabhängigkeit und sozialer Gerechtigkeit näherzukommen, scheiterte am blütigen Widerstand der sich dadurch bedroht fühlenden „upper class“, die lieber ganz auf die Demokratie als auf einen Teil ihrer Privilegien verzichtete.<sup>35</sup>

Inwiefern sich die jüngsten Demokratisierungsprozesse auf stabileren Grundlagen und unter günstigeren Rahmenbedingungen als denen ihrer historischen Vorgänger vollziehen, kann beim jetzigen Stand schwer abgeschätzt werden. Aber gerade der evolutionäre Übergang zur Demokratie, ein Übergang „ohne mobilisierte Gewalt und dramatische Diskontinuität“ und deshalb „wünschenswert“<sup>36</sup>, hat zu einer Art „pacted democracy“ (paktierter und „eingefroster“ Demokratie) geführt, die aufgrund ihrer strukturellen Schwächen dem, was während des Übergangs für die Demokratie günstig schien, eine gegenteilige Wirkung verleiht. Der hohe Grad an Kontinuität beim Regimewechsel als Resultante der Kompromiß- und Vermeidungsstrategie der Gemäßigten beider Seiten (der Befürworter und der Gegner des Regimes) schwächt den antidiktatorischen Impetus der Demokratiebewegung erheblich ab und garantiert den Anhängern des „Ancien Régime“ die Verfügungsgewalt über wichtige Schalthebel der Macht (Streitkräfte, Sicherheitsapparat, Spitzen der staatlichen Bürokratie). Hier gerät der antidiktatorische Anspruch liberaler Demokratie in Widerspruch zum selbstgesteckten Ziel der Revolutionsvermeidung und wird im Konfliktfall auch bereitwillig zurückgeschraubt.<sup>37</sup> Von demokratischen Eingriffen ausdrücklich ausgenommen bleiben die Rolle und innere Struktur der Streitkräfte sowie die Eigentumsrechte der Besitzenden, die oftmals aktive Befürworter und Nutznießer der Militärdiktatur waren. Während Träger und Stützen des alten Regimes weiter über wichtige Institutionen und Ressourcen verfügen, werden bzw. bleiben die an der Überwindung der Diktatur oft maßgeblich beteiligten Volksmassen im Ergeb-

nis der allein zwischen den Eliten ausgehandelten Abkommen und Kompromisse weitgehend demobilisiert und politisch marginalisiert. Damit basiert die Demokratie auf einem äußerst labilen Kräfteverhältnis, so daß einem Rückfall in die Diktatur gegebenenfalls kaum etwas entgegenzusetzen ist. Insgesamt bleibt sie in ihrer Breiten- und Tiefenwirkung stark begrenzt und umkehrbar.<sup>38</sup>

Während der gegenwärtige Demokratisierungsprozeß, dem liberalen Demokratieverständnis folgend, auf die Herstellung politischer Grundrechte und die Sicherung freier Wahlen gerichtet ist und von daher – mittels antidiktatorischer Ausrichtung – das Demokratieproblem in Lateinamerika zu lösen versucht, gestaltet sich die Bewertung des demokratischen Gehalts revolutionärer Prozesse weitaus komplizierter. Dazu eine kurze Vorbemerkung: Revolutionen sind kein rein politisches Phänomen, sondern von vornherein auf tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Veränderungen gerichtet. Politische Demokratie kann deshalb nur ein, wenn auch wesentliches Moment revolutionärer Prozesse sein. Revolutionen können also nicht generell als Kontrapart von Demokratie angesehen werden, auch wenn sie oft von diktatorischer Machtausübung und Gewaltanwendung begleitet werden oder darin enden. Für lateinamerikanische Revolutionen<sup>39</sup> seien hier nur kurz einige Aspekte des Verhältnisses von Revolution und Demokratie angeführt, um zu einer näheren Beschäftigung mit dieser oft unterbewerteten Problematik anzuregen.

Fast sämtliche lateinamerikanische Revolutionen begannen als antidiktatorische Bewegungen und erreichten bereits in ihrer Anfangsphase den Sturz zum Teil langjähriger Diktaturen (Díaz in Mexiko, die Herrschaft der Rosca in Bolivien, Ubico in Guatemala, Batista in Kuba, Somoza in Nicaragua).

Sie alle waren auf den Bruch des Machtmonopols der Oligarchien der jeweiligen Länder gerichtet, was am konsequentesten in Kuba gelang. In Guatemala fand nach der Niederlage der Revolution eine Restauration oligarchischer Macht statt. In Mexiko und Bolivien wurde die alte Oligarchie politisch zwar entmachtet, konnte sich aber ihre ökonomischen Machtgrundlagen zum Teil erhalten. In diesen beiden Ländern etablierte sich eine „neue Bourgeoisie“, die schon bald das Herrschaftsmonopol ihrer Vorgänger durch ihr eigenes ersetzte. Wie auch die Erfahrungen anderer Länder (Costa Rica, Venezuela) gezeigt haben, bildet der Bruch des Herrschaftsmonopols der Oligarchie bzw. der mit ihr liierten oder aus ihr hervorgegangenen Teile der Bourgeoisie eine notwendige, wenn auch keineswegs hinreichende Bedingung für die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse. Dort, wo dies nicht (Kolumbien) oder spät (Peru 1968) geschah, blieb die Demokratie begrenzt (*democracia restringida* mit fließenden Übergängen zur autoritären Herrschaft wie in Kolumbien) oder äußerst instabil und gefährdet (wie in Peru). Dort, wo die politische Entmachtung nicht mit sozialökonomischen Veränderungen vor allem im Agrarsektor einherging, konnte sich die Oligarchie auf moder-

nerer Basis regenerieren, meist durch Verschmelzung mit aufgestiegenen Teilen der „neuen Bourgeoisie“.

Die lateinamerikanischen Revolutionen waren – in unterschiedlichem Maße – Ausdruck und Ergebnis der unmittelbaren politischen Intervention breiter Volksschichten. Dabei gab es Versuche demokratischer Machtausübung oder -teilhabe durch die mobilisierten Massen (poder popular, befreite Zonen). Entscheidend für Erfolg und Dauer der Partizipation der Subalternen an der Macht waren der Grad ihrer Selbstorganisation und ihr Verhältnis zum Hegemon der Revolution. Unter bourgeois Hegemonie gelangen Versuche einer Demokratie von unten höchstens temporär auf lokaler und regionaler Ebene (Zapata in Mexiko). In sozialistisch oder national orientierten Revolutionen unter der politischen Führung von Avantgardeorganisationen (Kuba, Nicaragua, El Salvador) hatten Versuche der Selbstregierung der Massen mehr Spielraum, der aber dort, wo die Revolution bereits in ihre Institutionalisierungs- und Konsolidierungsphase getreten war (Kuba) wieder eingeschränkt wurde, ohne aber gänzlich zu verschwinden. Äußerer Druck, Verlauf der Revolution als Bürger- oder Befreiungskrieg sowie Zentralisierungsbestrebungen der Revolutionsführung be- oder verhinderten die Fortführung der „Demokratisierung von unten“.

Ausgesprochen widersprüchlich gestaltet sich das Verhältnis von Revolution und liberaler Demokratie. Dort, wo Revolutionen ausbrachen, gab es (mit Ausnahme Chiles 1970-73) kaum demokratische Traditionen, und die formal praktizierten demokratischen Verfahren waren zur Farce verkommen. Demokratie verstand sich in diesen Fällen von Anbeginn als revolutionäre Demokratie und auf die Herstellung sozialer Gleichheit orientiert (Kuba), wurde dem Führungsanspruch der bürgerlichen Revolutionselite geopfert (Mexiko), ging mit der Revolution unter (Guatemala) oder scheiterte mit ihr (Bolivien). Ein historisches Novum in dieser Frage stellt zweifellos die nikaraguanische Entwicklung seit 1979 dar. Hier verflochten und komplizieren sich – ausgehend von einer erfolgreichen politischen Revolution – alle Etappen und Aspekte demokratischer Entwicklung: antidiktatorische und antioligarchische Stoßrichtung der Revolution, Elemente partizipatorischer Demokratie von unten und die schrittweise Etablierung liberal-demokratischer Verhältnisse.

Das nikaraguanische Beispiel belegt, daß unter bestimmten inneren und äußeren Bedingungen eine revolutionäre Machtergreifung den Beginn eines Demokratisierungsprozesse bilden kann, in dessen Verlauf sich neben Elementen und Ansätzen partizipatorischer Demokratie von unten auch Strukturen liberaler Demokratie durchsetzen können. Ob Nicaragua in dieser Hinsicht historisches Unikat in Lateinamerika bleibt oder Vorbote einer neuartigen Synthese von Demokratie und Revolution werden könnte, wird die Zukunft zeigen müssen.

Bisher jedenfalls sind langjährige Revolutionen mit hohem emanzipatorischen Anspruch (Kuba) an der umfassenden und grundsätzlichen Lösung des Demokratieproblems gescheitert. Der demokratische Impuls aus der antidiktatorischen und antioligarchischen Zielrichtung der Revolution sowie die politische Organisation und Mobilisierung der Bevölkerung in Verbindung mit der Durchsetzung größerer sozialer Gerechtigkeit waren dafür nicht stark genug und vermochten den Mangel an demokratischen Grundrechten (freie Wahlen, Pluralismus, demokratische Kontrolle der obersten Machtorgane) nicht zu kompensieren.

Andererseits fällt auch die Bilanz der Demokratie in Lateinamerika negativ aus. Ihrer umfassenden Durchsetzung sind eindeutige Grenzen gesetzt – markiert durch die Interessen der ökonomisch Mächtigen des Landes und durch die Unterordnung der nationalen Interessen unter die Belange der Industrieländer. Solange politische Demokratie nicht mit Strukturreformen einhergeht und die Teilhabe der Subalternen an der Macht einschließt, bleibt sie instabil und begrenzt. Angesichts der in Lateinamerika dominanten Macht- und Eigentumsverhältnisse steht Demokratie vor der Wahl, die ihr gezogenen Grenzen anzuerkennen, weiter im Spannungsverhältnis zu ihren sozioökonomischen Grundlagen zu verbleiben, ausgehöhlt, destabilisiert und schließlich durch die nächste Diktatur hinweggefegt zu werden oder die offene Auseinandersetzung mit ihren Gegnern zu suchen. Demokratisierung kann demzufolge nicht auf den Übergang von einem politischen Regime zu einem anderen reduziert werden, sondern muß als gesellschaftlicher Transformationsprozeß begriffen werden. Um einen Ausweg aus der lateinamerikanischen Dauerkrise finden und beschreiten zu können, bedarf es einer Transformationsleistung, die sich nicht auf die Einführung demokratischer Grundrechte und -werte beschränkt, sondern diese durch effektive Kontrolle der Streitkräfte, Herstellung größerer sozialer Gerechtigkeit, Beseitigung von politischen und ökonomischen Monopolen, Möglichkeiten der Selbstorganisation und der politischen Selbstbestimmung der Bevölkerung untersetzt und erweitert. Ansonsten verkümmert Demokratisierung zur Modernisierung und Reorganisation bestehender politischer Strukturen, die lediglich der Eindämmung und Kanalisierung sozialer Spannungen soll.<sup>40</sup>

Nicht Demokratie statt Revolution, sondern die Zusammenführung der durch Revolution realisierten Transformationsleistung mit politischem Freiheitsanspruch von Demokratie zu einem neuartigen Typ von Transformation bietet die Chance, bei der Bewältigung der lateinamerikanischen und globalen Krise einen Schritt vorwärts zu tun.

1 Vgl. B. Moore, *Social origins of dictatorship and democracy*, Boston 1966.

2 N. Lechner, *The search for lost community: challenges to democracy in Latin America*, in: *International Social Science Journal (ISSJ)*, Nr. 129 (1991), S. 543.

- 3 Unter Transformation wird hier ein zielgerichteter Wandel verstanden, der eingeleitet wird, um die Gesellschaft insgesamt oder einzelne ihrer Bereiche und Strukturen in signifikanter Weise dergestalt zu verändern, daß strukturbedingte Entwicklungshemmnisse und Problemstaus zumindest partiell beseitigt und ein Emanzipationsgewinn v.a. für die Subalternen realisiert werden kann.
- 4 FAZ vom 14.3.1992.
- 5 Vgl. dazu in: J. Malloy/ A. M. Seligson (Hrsg.), *Authoritarians and Democrats. Regime transition in Latin America*, Pittsburgh 1987 die Beiträge der Herausgeber.
- 6 Vgl. N. Lechner, a.a.O., S. 544.
- 7 Vgl. J. Rial, *Transitions in Latin America in the threshold of the 1990s*, in: ISSJ, Nr.128 (1991), S. 285-87, 294.
- 8 Vgl. dazu die Diskussion mit Robert Dahl in: *Opciones*, Santiago, Nr.8 (1986), S. 22f. Als zweite und dritte Welle werden hier die Demokratisierungsprozesse nach dem ersten und zweiten Weltkrieg genannt.
- 9 Zu dieser Gruppe zählen unter anderem E. Krauze, O. Paz, M. Vargas Llosa und A. O. Hirschman.
- 10 Zu dieser zahlenmäßig starken und einflußreichen Strömung zählen A. Touraine, N. Lechner, F. C. Weffort, F. H. Cardoso und T. L. Karl. Eine zusammenfassende Argumentation zu diesen Positionen findet sich bei: A. Touraine, *What does democracy mean today?* in: ISSJ, Nr.128 (1991), S. 259-268 und T. L. Karl, *Dilemas de la democratización en América Latina*, in: J. Cotler (Hrsg.), *Estrategias para el desarrollo de la democracia en el Perú y América Latina* (Angaben im Text beziehen sich auf diese beiden Quellen) sowie bei F. C. Weffort, *Por que democracia?* Sao Paulo 1984, bes. S. 55ff. Zu weiteren Literaturhinweisen und kritischen Einwänden vgl. A. Cueva, *Las democracias restringidas de América Latina*, Quito 1988, S. 33ff.
- 11 Vgl. dazu besonders H. J. Wiarda, *The democratic revolution in América Latina. History, politics and U.S. policy*, New York/London 1990, v.a. S. XIX, 121, 233f.
- 12 Vgl. A. Varas (Hrsg.), *Democracy under siege. New military power in Latin America*, New York/London 1989, S.12.
- 13 Vgl. M. Azieri, *Twenty-six years of Cuban revolutionary politics: an appraisal*, in: S. Jonas/ N. Stein (Hrsg.), *Democracy in Latin America. Visions and realities*, New York/ Westpoint/ London 1990, S. 150-52. Dort findet sich auch ein Verweis zu den kritischen Einwänden von Petras und Morley zu dieser Position.
- 14 Vertreter dieser Strömung sind S. Amin, A. Cueva, F. Hinkelammert, S. Jonas, J. Nef, J. Petras. Vgl. dazu S. Amin, *El problema de la democracia en el tercer mundo contemporáneo*, in: *Nueva Sociedad*, Caracas 1991, Nr. 122, S. 24-39; A. Cueva, a.a.O., die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Titel; F. Hinkelammert, *Democracia y totalitarismo*, San José 1987; S. Jonas/ N. Stein (Hrsg.), a.a.O., die Beiträge der Herausgeberinnen; J. Nef, *Redemocratization in Latin America or the modernization of the status quo*, in: *North-South*, Quebec, Nr. 11 (1986), S. 43-55.
- 15 Vgl. zu diesem Punkt bes. die Argumentation von Robert Dahl, zusammengefaßt in: *Capitalismo, Socialismo y democracia*, in: *Opciones*, a.a.O., S. 13-15.
- 16 Vgl. F. Hinkelammert, a.a.O., S. 211ff.
- 17 Außer bereits zitierten Arbeiten sind v.a. folgende Titel repräsentativ für die Demokratiedebatte in und zu Lateinamerika (teilweise im Vergleich mit Süd-, seltener mit Osteuropa); E. Baloyra (Hrsg.), *Comparing new democracies*, Boulder 1987; G. F. Calderon/ M. Dos Santos (Hrsg.), *Hacia un nuevo orden estatal en América Latina*, Buenos Aires 1988/89 (8 Bde.); L. Diamond/ J. J. Linz/ S. M. Lipset, *Democracy in Developing Countries*, Boulder 1988 (4 Bde.); W. Drake/ E. Silva (Hrsg.), *Elections and democratization in Latin America, 1980-1985*, San Diego 1986; T. L. Karl/ Ph. Schmitter, *Modes of transition in Latin America, Southern and Eastern Europe*, in: ISSJ, Nr. 128 (1991), S. 269-284; M. Mols, *Demokratie in Lateinamerika*, Stuttgart u.a. 1985; D. Nohlon/ A. Solari (Hrsg.), *Reforma política y consolidación democrática*, Caracas 1988; D. Nohlon/ M. Fernandez/ A. van Klaveren (Hrsg.), *Demokratie und Außenpolitik in Lateinamerika*, Opladen 1991; G. O'Donnell/ Ph. Schmitter/ L. Whitehead (Hrsg.), *Transition from Authoritarian Rule*, Baltimore 1986 (4 Bde.); A. Rouquie/ B.

## Demokratisierung in Lateinamerika

- Lamounier/ J. Schvarzer, *Como renacem as democracias*, Sao Paulo 1985; A. Varas (Hrsg.), *Transicion a la democracia*, Santiago 1985.
- 18 Vgl. B. Moort, a.a.O., S. 418f., 423-25.
- 19 Vgl. *La grande illusione delle oligarchie: stato e societa in America Latina 1850-1930*, Turin 1982 (auch in spanisch erschienen).
- 20 Vgl. F. C. Weffort, *La America equivocada. Apuntes sobre la democracia y la modernidad en la crisis de America Latina*, in: J. Collier (Hrsg.), a.a.O., bes. S. 59ff.
- 21 Vgl. dazu M. Mols, a.a.O., S.37f.; M. Kossok, *Revolution and Nationwerdung in Spanisch-Amerika*, in: *Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung (LBR)*, H. 14 (1986), S. 7-27.
- 22 Vgl. Diskussion mit R. Dahl, in: *Opciones*, a.a.O., S. 26.
- 23 Vgl. Beitrag von A. Stepan in Bd. 3 von G. O'Donnell/ Ph. Schmitter/ L. Whitehead (Hrsg.), *Transition from Authoritarian Rule*, a.a.O.
- 24 Vgl. J. Nef, *The trend toward democratization and redemocratization in Latin America: Shadows and substance*, in: *Latin American Research Review (LARR)*, Albuquerque, N.M., 23 (1988) 3, S. 146.
- 25 Vgl. Einleitung von Schmitter/ O'Donnell zum zweiten Bd. von „Transition from...“, S. 10.
- 26 Vgl. Ch. Gillespie, *From authoritarian crises to democratic transition*, in: *LARR*, a.a.O., 22 (1987) 3, S. 181.
- 27 An dieser Stelle sei darauf verwiesen, daß die Bedeutung des äußeren Faktors für die gegenwärtigen Demokratisierungsprozesse zumeist unbeachtet bleibt, vgl. J. Rial, a.a.O., S. 287.
- 28 Vgl. T. L. Karl/ Ph. Schmitter, a.a.O.
- 29 Vgl. zu Bestimmung und Gebrauch beider Begriffe L. A. Padilla, *Guatemala - transicion a la democracia*, in: *Estudios Sociales Centroamericanos*, San Jose, Nr. 47 (1988), S 37-41.
- 30 Zitat von O'Donnell bei F. C. Weffort, *La America equivocada...*, a.a.O., S.40. Zur Charakterisierung der Krise vgl. den gesamten Beitrag S. 25-67.
- 31 Vgl. J. F. Prud'homme/ M. Puchet Anyul, *Enfoques de la transicion a la democracia en America Latina. Revision polemica y analitica de alguna bibliografia*, in: *Revista Sociologia Mexicana*, Mexico, 51 (1989) 4, S. 270-75.
- 33 Vgl. zu den drei genannten Ländern: T. L. Karl, *Petroleum and political pacts: transition to democracy in Venezuela*, in: *LARR*, a.a.O., 22 (1987) 1, S. 63-94; D. L. Herman (Hrsg.), *Democracy in Latin America: Columbia and Venezuela*, New York/ London 1988; J. A. Peeler, *Latin American democracies: Columbia, Costa Rica, Venezuela*, Chapel Hill/ London 1985; A. Wilson, *Coffee and democracy in modern Costa Rica*, London 1989.
- 34 Vgl. zur Typologie politischer Systeme in Lateinamerika C. Huneeus/ D. Nohlen, *Sistemas politicos en America Latina. Una introduccion a sus analisis*, in: *Cuadernos hispanoamericanos*, Madrid 1982, Nr. 390, S. 499-516.
- 35 Vgl. P. W. Drake, *The buyant bourgeoisie of Chile*, in: *LAAR*, a.a.O., 21 (1986) 2, S. 166f, sowie I. Bustos, *Die Verfassung der Diktatur. Die Entwicklung der Grundrechte in Chile*, Berlin-West 1987, S. 20-157.
- 36 O'Donnell/Schmitter in Bd. 4, S. 11 von „Transition from...“.
- 37 Vgl. T. L. Karl, *Petroleum...*, a.a.O., S. 86-89. Sie belegt diese Einschätzung am Beispiel Venezuelas.
- 38 Vgl. ebenda sowie O'Donnell/Schmitter in Bd.4, S. 62 und 69 von „Transition from...“.
- 39 Vgl. zu den folgenden Bemerkungen folgende Titel zu lateinamerikanischen Revolutionen: *Hegemonic und Bündnis in Revolutionen Lateinamerikas: Bolivien - Guatemala - Nicaragua - El Salvador*, LBR 1984, H. 9 (unter Leitung von J. Kübler); H.-J. Puhle, „Revolution“ von oben und Revolution von unten in Lateinamerika. Fragen zum Vergleich politischer Stabilisierungsprozesse im 20. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2 (1986) 2, S. 143-159; I. Roxborough, *Unity and Diversity in Latin American history*, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. II (1984) part 1, S. 1-26; zu *Mexiko*: M. Mols, *Mexiko im 20. Jahrhundert*, Paderborn u.a. 1981; W. Tobler, *Die mexikanische Revolution. Gesellschaftlicher Wandel und politischer Umbruch 1876-1940*, Frankfurt/M. 1984; J. Womack, *Zapata and the Mexican Revolution*, New York 1968; zu *Guatemala*: P. Gärtner, *Charakter und*



Etappen der guatemaltekischen Revolution 1944-54, phil. Diss., Leipzig 1987; S. Jonas/ D. Tobis (Hrsg.), Guatemala, New York 1974; zu *Bolivien*: H. Klein, Origenes de la Revolucion Nacional Boliviana, La Paz 1968; J. M. Malloy, Bolivia. The uncompleted Revolution, Pittsburgh 1970; H.-J. Puhle, Tradition und Reformpolitik in Bolivien; zu *Kuba*: Halebsky/Kirk (Hrsg.), Cuba: Twenty-five years of Revolution 1959-1984 ; zu *Nikaragua*: E. Baumeister, Democratizacion y modernizacion del Estado, Nicaragua 1979-1986, in: Hacia un nuevo orden estatal, a.a.O., Bd. 1, S. 255-316; S. Jonas/ N. Stein, The construction of democracy in Nicaragua, in: diess., Democracy in Latin America..., a.a.O.; M. Krennerich/ St. Weyers, Die internationalen Determinanten der Demokratisierung in Nicaragua, in: D. Nohlen/ M. Fernandez/ A. van Klaveren (Hrsg.), Demokratie und Außenpolitik ..., a.a.O., S. 139-176.

40 Vgl. J. Nef, Redemocratization..., a.a.O.